

Der Klimagipfel in Lima erreichte nur einen schwachen Minimalkompromiss

von: Helmut Selinger, 18.12.2014

Keine gute Voraussetzung für einen ambitionierten Klima-Vertrag im nächsten Jahr in Paris.

Die 2-wöchige UN-Klimakonferenz (COP 20) in der peruanischen Hauptstadt Lima endete nach Verlängerung in der Nacht zum Sonntag, 14.12.2014, nur mit einem Minimalkompromiss. Am Ende wurde ein 43 seitiges Papier verabschiedet, der so genannte „Lima-Aufruf zur Handlung“ („Lima Call for Climate Action“), der mit wachweichen Appellen, in der folgenden Art:

- Die Staaten werden aufgefordert, in den kommenden Monaten darzulegen, wie viel Treibhausgase sie ab 2020 einsparen woll
- Sie werden ermuntert, Maßnahmen vorzustellen, die bereits ab 2015 zum Klimaschutz beitragen können.
- Klimaschutzmaßnahmen sollen transparent werden, damit geprüft werden kann, ob die CO₂-Einsparungen gerecht verteilt si
- Die entwickelten Staaten werden gedrängt zu erklären, wie ihre Finanzhilfen beim Klimaschutz für arme Länder anwachsen sollen.
- Alle Staaten werden ermuntert, Beiträge zum Klimaschutz zu leisten

und mit vielen verschiedenen Optionen klare Entscheidungen und Definitionen vermieden hat. Eigentlich sollten präzise Umrisse eines Weltklimavertrags für Paris entstehen. Deutlich werden sollte, mit welchen Maßnahmen baldmöglichst eine globale Reduktion des Treibhausgasausstoßes erreicht werden kann. Stattdessen ist das Lima-Dokument allenfalls eine Einladung, sich konkrete Beiträge zum Klimaschutz zu überlegen. Die schwierigen Entscheidungen wurden nach Paris verschoben. Damit hat die Lima-Konferenz, auch nach dem eigenen Anspruch ihr entscheidendes Ziel verfehlt.

Die Bundesregierung indes bewertet den „Lima-Aufruf zur Handlung“ als solide Basis für den geplanten Weltklimavertrag. „Das waren sehr zähe Verhandlungen. Wir haben nun ein Ergebnis, das alle Möglichkeiten eröffnet, zu einem ambitionierten Klimavertrag zu kommen“, sagte Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth, der nach der Abreise der Ministerin Verhandlungsführer auf deutscher Seite war, am Sonntag in Perus Hauptstadt. In Interviews und Äußerungen der Umweltministerin Barbara Hendricks umschiffte sie alle konkreteren Aussagen und bleibt im Allgemeinen. Der Tenor ihrer Statements lautet immer wieder: „Auch China muss das Klima schützen“ und die „schematische Unterscheidung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern“ müsse aufhören.

Jochen Flasbarth spricht von „altem Denken“, wenn nur eine Fortsetzung des Kyoto-Vertrages gefordert wird. Dieser Sichtweise könnte man folgen, wenn er so ehrlich wäre und als Grundlage eines modernen, zeitgemäßen Vertrages eine einfache Budgetbetrachtung der zumindest seit 1990 emittierten und der zukünftig noch

erlaubten (oder besonders auch der nicht mehr erlaubten) CO₂-Emissionen auf einer einfachen pro Kopf-Berechnungsbasis, wie vom WBGU (Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen) schon 2009 vorgeschlagen wurde, akzeptieren und vorschlagen würde. Das wäre dann auch tatsächlich eine Überwindung von „altem Denken“...

Davon ist jedoch keine Rede. Denn nach dieser einfachen und wissenschaftlich unbestreitbaren Betrachtung, die immerhin von einem Beratungsgremium der Bundesregierung erarbeitet wurde, gibt es sehr wohl riesige Unterschiede zwischen Industrie- und Schwellenländern und noch mehr zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Während nämlich viele Industrieländer ihr ihnen zustehendes Emissions-Budget bereits verbraucht bzw. schon weit überschritten haben (d.h. sogenannte CO₂-„Emissionsschulden“ haben), steht den Schwellenländern und noch viel mehr den Entwicklungsländern (z.B. Indien) noch ein mehr oder weniger hohes „Emissionsguthaben“ zu. Deshalb ist es richtig, in diesem Streit zwischen Industrieländern, insbesondere USA und EU, und Entwicklungs- /Schwellenländern Partei zu ergreifen für die Entwicklungs- und Schwellenländer. Es ist richtig, dass sich diese in Lima dagegen gewehrt haben, diese Unterschiede zu nivellieren. Die Klimapolitik der Industrieländer muss sich anderen Verpflichtungen unterwerfen als die Schwellen- und besonders die Entwicklungsländer.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass sich im Prozess der Klimaverhandlungen eine neue Staaten-Koalition herausgebildet hat, die sogenannte „Gruppe der Gleichgesinnten“ (Like Minded Group of Developing Countries - LMDC, Algeria, Argentina, Bangladesh, Bolivia, China, Cuba, Ecuador, Egypt, El Salvador, India, Jordan, Iraq, Koweit, Indonesia, Iran, Malaysia, Mali, Nicaragua, Pakistan, Philippines, Saudi Arabia, Sri Lanka, Sudan, Syria, Venezuela and Vietnam.). Diese Gruppe umfasst u.a. fortschrittliche Länder Südamerikas wie Bolivien, Cuba und Venezuela aber auch die großen Länder wie China und Indien und damit mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung. Sie wehrt sich mit Recht gegen eine Gleichsetzung von Industrieländern und Entwicklungs-/Schwellenländern.

„that Parties' efforts to combat climate change should be undertaken on the basis of equity and common but differentiated responsibilities (CBDR principle) ... and take into account the imperatives of equitable access to sustainable development, the survival of countries and protecting the integrity of Mother Earth. ... The CBDR principle is a concrete treaty application of the scientific and environmental fact that the historical contributions of Parties to climate change - i.e. their historical responsibility - are differentiated - that is the largest share of historical and current global emissions of greenhouse gases has originated in developed countries, that per capita emissions in developing countries are still relatively low and that the share of global emissions originating in developing countries will grow to meet their social and development needs.“ (Quelle)

Fragwürdig erscheint in dieser Gruppe allerdings die Teilnahme von Saudi-Arabien

(und Kuwait), denn dort ist die klimapolitische Situation fundamental anders als z.B. in China oder gar in Indien. Denn die pro Kopf-Emission von CO₂ liegt dort sogar noch höher als in vielen Industrieländern. Kleinere Inselstaaten plädierten ebenfalls mit Recht dafür, dass die Interessen der Staaten, die bereits jetzt unter dem Klimawandel leiden, stärker berücksichtigt werden müssen.

Generell lässt sich also einschätzen, dass sich die große Mehrzahl der Staaten vehementer als bisher gegen die unlautere Haltung der Industriestaaten gewehrt hat. Es wird immer klarer, dass eine Lösung des Klimaproblems auf keinen Fall durch imperiale Machtspiele, sondern nur durch neue, wirklich faire und gerechte Prinzipien und Vereinbarungen möglich ist. Im Vorfeld der Konferenz kündigte Obama an, die USA wolle bis zum Jahr 2025 den Ausstoß von Treibhausgasen um 26 bis 28 Prozent im Vergleich zu 2005 reduzieren. Im Vergleich mit dem bisherigen Verhalten der USA ist dies immerhin ein Fortschritt. Aber angesichts der nüchternen Tatsache, dass USA sein ihm bis 2050 zustehendes Emissions-Budget bereits 2011 um 160% überschritten hat ist dieses Reduktionsziel bloß ein sehr schlechter Witz. Aber selbst wenn man im Rahmen der üblichen westlichen Klimadiskussion bleibt, wird hier auch noch mit dem Taschenspielertrick der zu eigenen Gunsten veränderten Bezugsgröße gearbeitet. Als Bezugsjahr ist in der Klimadiskussion das Jahr 1990 allgemein üblich. Wenn Obama für die USA das Jahr 2005 willkürlich als Bezugsjahr deklariert, rechnet er sich das Reduktionsziel schöner, als es ist. Im konkreten Fall der USA bedeutet das o.g. US-Ziel auf 1990 bezogen lediglich eine Reduktion um 12-14%!

Im Vorfeld hatte sich auch China konkret zu seiner Klimapolitik geäußert: China wolle spätestens 2030 zu einer absoluten Minderung seiner CO₂-Emissionen kommen. Nach der Budgetbetrachtung befindet sich China nach wie vor in einer völlig anderen Situation als die USA. China steht noch ein erkleckliches Emissionsbudget zu, aber bei der jetzigen Dynamik der Emissionszunahmen ist dieses um das Jahr 2023 erschöpft. Daraus abgeleitet muss auch China ambitioniertere Klimaziele vorlegen. Immerhin baut China wie kein anderes Land Kraftwerke für erneuerbare Energien. Schon in drei Jahren soll China nach eigenen Plänen sechsmal mehr Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen als Deutschland. Doch das Land hat in den vergangenen Jahren auch Hunderte Kohlekraftwerke gebaut.

Ein anderer großer Streitpunkt war die Finanzierung von Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels (mitigation) und zur Anpassung an der Klimawandel (adaptation). Die Entwicklungsländer warfen den reichen Industrienationen vor, sich aus der Verantwortung für die Kosten der von ihnen verursachten Schäden stehlen zu wollen. Dies ist einer der Punkte, den das ISW schon seit Jahren bei bisherigen Verhandlungen seit Kopenhagen 2009 auch kritisiert hat, z.B. in "Der Weltklimagipfel 2012 in Doha": Sie kämpften dafür, dass die Klimafonds aufgestockt werden. 100 Milliarden Euro pro Jahr sollen ab 2020 fließen. Diese Summe hatten die Industriestaaten den Entwicklungsländern schon vor Jahren versprochen, damit sie die Folgen des erwarteten Klimawandels bewältigen können. Die USA, die Europäische Union und andere Industriestaaten weigerten sich aber in Lima hartnäckig, einen konkreten Plan für die Realisierung der Zahlungen für Klimaschutzmaßnahmen zu erstellen.

Auch eine historische Schuld aufgrund ihrer CO₂-Emissionen seit Beginn der

Industrialisierung bzw. seit 1990 gegenüber der weniger entwickelten Welt blieb unerwähnt. Dabei wird auch verschwiegen, dass die Industrieländer eigentlich objektiv bezifferbare Klimaschulden haben, die wesentlich höher liegen (z.B. USA ca. 250 Mrd. \$, Deutschland ca. 40 Mrd. \$ pro Jahr) als die scheinbar schon großzügig für 2020 in Aussicht gestellte Gesamtsumme an „Hilfsgelder“ aller Industrieländer von 100 Mrd. \$. Wie die in Rede stehenden 100 Mrd. \$ gerechnet werden, auch da zeichnen sich Taschenspielertricks ab: zunächst versuchen Industrieländer, auch Deutschland, ihre üblichen Entwicklungshilfegelder als Klimahilfen umzudefinieren, andererseits sollen wohl auch private Investitionen, entsprechend als „klimafreundlich“ deklariert, angerechnet werden.

Für den sogenannten Grüne Klimafonds sind bislang erst zehn Milliarden zusammengekommen, was in Lima einerseits regelrechte Wutausbrüche bei Delegierten von Entwicklungsländern auslöste, andererseits auf Seiten mancher reicher Staaten aber schon als großer Erfolg ihrer Großzügigkeit dargestellt wurde. So schreibt die Korrespondentin von Zeit-online, Alexandra Endres, aus Lima: „Was das Geld betrifft, haben die Industriestaaten schon guten Willen bewiesen. Australien, Belgien und Liechtenstein (!) versprachen mehr Geld für den grünen Klimafonds, der dadurch die psychologisch wichtige Marke von zehn Milliarden Dollar geknackt hat. Deutschland sicherte 50 Millionen Euro zu für einen weiteren Klima-Anpassungs-Fonds...., bei Umweltorganisationen und Entwicklungsländern kam das offenbar gut an.“ Angesichts der eigentlich notwendigen und in Wirklichkeit geschuldeten Finanzsummen von ca. 500 Mrd. \$ sind solche Aussagen sträfliche Volksverdummung. Generell können wir uns den kritischen Einschätzungen der Konferenz in Lima anschließen. So sagt z.B. die Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, Eva Bulling-Schröter, völlig richtig:

„In Wirklichkeit geht es auch in der internationalen Klimapolitik um Standortwettbewerb. Gekämpft wird um Wirtschaftswachstum und Profite. In einer ungleichen Welt stehen das Überleben von Menschen auf dem Spiel und berechnete Entwicklungschancen benachteiligter Weltregionen. Der Widerstand der Industriestaaten gegen verbindliche und wirklich angemessene Beiträge zur Klimafinanzierung, sei es für den Grünen Klimafonds, Verlust und Entschädigung und Klimawandel-Anpassung ist beschämend. Dass die Klimagelder auf die Entwicklungshilfe angerechnet werden ist ein unverschämter Buchhaltertrick. Zumal die alte Verpflichtung, 0,8 Prozent der Wirtschaftsleistung für arme Länder bereit zu stellen, auch von Deutschland nicht eingehalten wird.“

Martin Kaiser von Greenpeace spricht davon, dass „Nicht einmal die Baugrube fertig ist.“ Germanwatch bewertet das Ergebnis der Konferenz als „verpasste Gelegenheit, einige entscheidende Fragen zur Zukunft des internationalen Klimaschutzes schon jetzt zu klären.“ „Die Lima Konferenz war eine Verschwendung von Zeit und Energie“, sagt sogar Regine Günther vom WWF. Und ein Vertreter der Südseeinsel Tuvalu schimpft angesichts des Gipfelbeschlusses: „Wir rasen mit Vollgas in eine vier Grad wärmere Welt“. Trotz aller Kritik sind jedoch Verhandlungen auf der Ebene der

Vereinten Nationen unverzichtbar und im Prinzip zu verteidigen. Es ist außerordentlich wichtig, dass der Gesprächsfaden über den Klimawandel nicht abreißt und die Klimathematik auf der internationalen politischen Agenda bleibt. Unbestreitbar ist hingegen der Umstand, dass der UN-Klimaprozess seit dem Scheitern von Kopenhagen 2009 auf ein Minimaltempo zurückgefallen ist.

Wichtig ist für die Klimabewegung, die Ursache dieser Erfolglosigkeit nicht in der Komplexität der Materie oder im Unwillen und Ärger vieler ärmerer Staaten zu sehen, sondern im Unwillen vieler Industrieländer - hier insbesondere der USA - die Realität der Klimaprobleme und die Schuld der Hauptverursacher gebührend anzuerkennen und auf der Verteidigung vordergründiger eigener Interessen zu beharren. Die heute global herrschenden Kräfte werden das Klimaproblem nicht lösen, immer wieder wird es Verdrehungen, Desinformationen, falsche Lösungsvorschläge, Verzögerungstaktiken, Verhinderungsaktionen und Herumgeschachere geben. International wird erst dann ein konsequenterer Weg zur Lösung des Klimaproblems eingeschlagen, wenn sich der globale Kampf gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen so stark entwickelt hat, dass die Existenz des globalen kapitalistischen Systems in Frage gestellt wird. Wahrscheinlich wird dies einhergehen mit häufigeren und extremeren Naturkatastrophen, denn die Natur verändert sich durch die Treibhausgase langsam aber stetig zu unseren Ungunsten und die Naturgesetze sind unerbittlich, sie lassen sich nicht umgehen und austricksen.